

Protokollauszug **Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Brand vom 25.09.2024**

Zu Ö 4 Kommunale Wärmeplanung - Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen FB 36/0504/WP18

Herr Peukert vom Fachbereich Klima und Umwelt und Herr Kirfel von der STAWAG berichten im Rahmen einer Powerpointpräsentation über die kommunale Wärmeplanung und geben einen aktuellen Sachstandsbericht.

Themenschwerpunkte des Vortrags sind die gesetzliche Einordnung der Wärmeplanung, ein Überblick über die kommunale Wärmeplanung, der aktuelle Stand des Projektes und der Ausblick mit den geplanten weiteren Schritten.

Auch wird der IST-Zustand der Wärmeversorgung in Brand zum gesamten Stadtgebiet Aachen dargestellt. Hervorzuheben ist, dass sich ein Quartiersbüro von Altbauplus in Brand befindet, welches bereits jetzt bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen beratend zur Seite steht.

Abschließend wird die Zeitschiene der kommunalen Wärmeplanung bis zum Jahr 2026 mit der Beteiligung der einzelnen politischen Gremien vorgestellt.

Herr Auler von der CDU-BF bedankt sich für den detaillierten Vortrag. Er begrüßt es, dass versucht werde, die Maßnahmen so transparent wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Er fragt nach, ob es sich bei dem angesprochenen digitalen Zwilling um das gleiche Projekt wie das vom Bundesverkehrsministerium geförderte Projekt handele, indem es um die Spiegelung der Infrastruktur gehe.

Herr Peukert teilt hierzu mit, dass es das Ziel sei, bei dem Auf- und Ausbau der Daten eine einheitliche städtische Plattform aufzubauen.

Herr Auler fragt nach, wie die Verbrauchswerte bei der dezentralen Wärmeversorgung ermittelt wurden.

Herr Kirfel teilt hierzu mit, dass auf verschiedene Quellen zugegriffen worden sei und daraus Schätzungen erfolgt seien.

Herr Auler bittet weiter um Mitteilung, wie die STAWAG mit dem Dilemma umgehe, einerseits möglichst viel Wärme zu verkaufen und andererseits die notwendige Sanierung voranzutreiben, um weniger Wärme zu verbrauchen.

Herr Kirfel erklärt, dass die STAWAG nach dem forcierten Fernwärmeausbau einen gesteigerten Wär-

meabsatz habe. Hier stehe die Sanierung in keinem Widerspruch, da es hilfreich sei, wenn künftig trotzdem Wärme eingespart werde.

Herr Depenbrock von der Grünen-BF bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er könne aus dem Vortrag schon erste Schlussfolgerungen ziehen. Nach seiner Wahrnehmung könne es für Brand keine flächendeckende Fernwärme, sondern nur vereinzelte Insellösungen geben. Für Einfamilienhäuser wäre dann die Wärmepumpe eine akzeptable Lösung. Auf jeden Fall müsse es eine ausreichende Kommunikation mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern geben.

Herr Peukert teilt hierzu mit, dass zukünftig öffentliche Veranstaltung in den Bezirken geplant seien, um die Bevölkerung ausreichend zu Informieren. Auch öffentliche Diskussionen seien hier möglich.

Herr Heuel-Fabianek von der CDU-BF möchte wissen, ob es für den westlichen Teil von Brand die Möglichkeit von Geothermie gebe. In diesem Zusammenhang weist er auf die bestehenden Trinkwasserschutzgebiete hin.

Herr Peukert teilt hierzu mit, dass es keine Lösungsvorschläge gebe, die von anderen Stellen der Stadtverwaltung wieder untersagt würden, falls rechtliche Gründe entgegenstünden.

Herr Auler von der CDU-BF weist darauf hin, dass die Karten für die ausgewiesenen Wasserschutzgebiete sehr alt seien und gegebenenfalls der Überarbeitung bedürften.

Herr Peukert entgegnet, dass die Wärmeplanung mindestens alle 5 Jahre aktualisiert werde und man so auf einem aktuellen Stand sei.

Herr Depenbrock berichtet von einer Anfrage einer Bürgerin, nach der durch den Ortsteil Krauthausen eine Wasserstoffpipeline geplant werden solle. Er fragt nach, ob es hierzu aktuelle Informationen gebe.

Herr Peukert teilt hierzu mit, dass es Planungen im Rahmen der nationalen Wasserstoffstrategie für eine Versorgungsleitung von Belgien über Eschweiler nach Köln gebe. Die Planung sei hierfür aber noch nicht abgeschlossen.

Herr Kirfel von der STAWAG gibt im Rahmen einer Powerpointpräsentation einen aktuellen Stand über die Ausbauziele der Fernwärme aus der Sicht der STAWAG.

Diese möchte zukünftig verschiedene Baumaßnahmen (unterirdisch sowie überirdisch) bündeln, damit die Belastung durch Baustellen für die Bürgerinnen und Bürger möglichst gering bleibt.

Herr Auler bedankt sich für den Vortrag. Er begrüßt, dass geplant sei, die Durchführung von Baumaßnahmen im Rahmen einer integralen Infrastrukturmaßnahme anzugehen. Dies bedeute, dass im Vorfeld überlegt werde, welche Baumaßnahmen anstehen, so dass möglichst nur einmal die betroffene Straße aufgerissen werden muss. Dies setze aber umfangreichere Planungen voraus, die zur Folge haben könnten, dass eine Baumaßnahme erst später beginnen könne, dann aber ein dauerhaftes Ergebnis bringe. Er wünsche sich zudem ein Durcharbeiten bei Baumaßnahmen, möglichst ohne Pausen. Zudem stelle er sich die Frage, ob eine zentrale Lösung oder verschiedene Insellösungen sinnvoller wären. Der Vorteil von Insellösungen sei, dass man diese schneller errichten und später zusammenführen könne. Dies könne auch einzelnen Ausfällen vorbeugen.

Herr Kirfel teilt mit, dass seit Anfang 2024 bei der STAWAG integral geplant werde, um Bauprozesse schneller und nachhaltiger umzusetzen. Die Möglichkeit von Insellösungen würden weiterhin in Planungsprozesse mit einfließen und individuell betrachtet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Brand nimmt den Sachverhalt zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Anlage 1 20240925_KWP_BV_Brand